

Duisburg, 22.11.2017

Pressekontakt:

Michael Zerkübel - Antiatombündnis Niederrhein Tel: 01573 / 7648231

Felix Ruwe - BI "Kein Atommüll nach Ahaus" Tel: 02561 / 6577 oder 0171 / 793 792 6

Landeskonferenz der nordrhein-westfälischen Antiatom-Initiativen tagte in Duisburg

In Duisburg trafen sich VertreterInnen der nordrhein-westfälischen Antiatom-Initiativen, der bundesweit tätigen Organisation .ausgestrahlt und des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz zu ihrer Herbstkonferenz. Die AtomkraftgegnerInnen bewerteten atompolitische Fragen unter den Vorzeichen einer neuen Landesregierung in NRW und der anstehenden Koalitionsverhandlung in Berlin. Sie bekräftigten ihre Forderung nach einem vollständigen und sofortigen Atomausstieg und wiesen auf die ungelöste Frage der Entsorgung des Atommülls hin. Zudem legten die Initiativen ihre Aktionsschwerpunkte für das kommende Jahr fest.

Die AtomkraftgegnerInnen betonten, dass trotz Stilllegungsbeschluss für die deutschen Atomkraftwerke bis zum Jahr 2022 keine Rede von einem Atomausstieg sein kann. Mit dem Weiterbetrieb der Urananreicherungsanlage in Gronau, der Brennelementproduktion in Lingen und von Atomforschungszentren wie beispielsweise in Karlsruhe ist der Atomausstieg nur halbherzig erreicht. Insbesondere die Belieferung der belgischen Pannenreaktoren Tihange und Doel, sowie überalterter Atomreaktoren in Frankreich mit Brennelementen aus deutscher Produktion, stellt dabei eine direkte Gefährdung der Bundesrepublik dar. Diese widerspricht ebenso wie die damit verbundenen Transporte dem Anspruch und dem Ziel eines Atomausstiegs. Zudem werden die besonderen Atom-Probleme in NRW im Koalitionsvertrag ausgeblendet. Man hat nur Belgien im Blick, damit dort die gefährlichen Atomkraftwerke abgeschaltet werden.

Die Konferenz beschäftigte sich darüber hinaus mit der nach wie vor ungelösten Frage der Entsorgung aller Arten von Atommüll. Ausdrücklich bezog man hier auch die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle ein, von denen beim Abriss der Atommeiler riesige Mengen anfallen werden. Für diese gibt es ebenso wenig eine Entsorgungsmöglichkeit, wie für die hochradioaktiven Abfälle. Gerade hier stoßen die Planungen, den hoch angereicherten und damit waffenfähigen Atommüll aus dem Forschungsreaktor in Garching nach Ahaus transportieren, auf besondere Kritik. Die Konferenzteilnehmer fordern, diesen vor Ort zu belassen und nicht nach Ahaus zu transportieren.

Felix Ruwe von der Bürgerinitiative „Kein Atommüll nach Ahaus“ zur Frage der Zwischenlagerung: „Sämtliche Konzepte zur Entsorgung und Zwischenlagerung sind gescheitert, nicht zuletzt, weil sie nicht mit der Zeit gehen und neue Risiken wie

beispielsweise Terrorgefahren unberücksichtigt lassen. Wir haben bereits heute massive Probleme vor allem mit sicherheitstechnisch unzureichenden Lagerhallen. Auch das ständig steigende Risiko überalterter Castoren zeigt die Konzeptlosigkeit der Verantwortlichen. Die müssen die weitere Aufbewahrung des Atommülls regeln, dabei die Sicherheit kontinuierlich nach neuesten Stand von Wissenschaft und Technik verbessern.“

Die VertreterInnen der Antiatom-Initiativen fordern deshalb von den VerursacherInnen und politisch Verantwortlichen in Berlin und Düsseldorf, verantwortungsvolle Lagerkonzepte. Zudem müssen sämtliche Atomanlagen sofort geschlossen werden, um weiteren Atommüll zu vermeiden.

Entsprechend dieser Forderungen legten die Antiatom-Initiativen ihre Aktionsplanung für das kommende Jahr fest. Für Jülich, wo derzeit 152 Castoren nach Auslaufen der Genehmigung im Jahr 2013 nur mit Duldung gelagert werden, fordern sie den Bau eines neuen Lagers. Auch die Urananreicherung in Gronau wird Schwerpunkt sein. Hier wird am Karfreitag der Auftakt der Ostermärsche Rhein /Ruhr stattfinden, um die Verbindung von sogenannter "ziviler" und militärischer Nutzung der Atomkraft aufzuzeigen.

In Lingen wird es am 16.Juni eine überregionale Demonstration gegen das AKW Lingen II, das 30 Jahre alt wird, und die Brennelementefabrik von Areva geben.

Zudem werden zahlreiche Transporte, die im Zusammenhang mit der Urananreicherung stehen, bundesweit von Protesten begleitet werden.

Weitere Informationen unter

<http://www.antiatom-buendnis-niederrhein.de>, <http://westcastor.blogspot.de>,
<http://www.bi-ahaus.de>, <https://sofa-ms.de>, <http://www.bbu-online.de>